

ÜBER DIE ROLLE DES KÖNIGLICHEN RATES IN DER GERICHTSBARKEIT UND GESETZGEBUNG UNGARNS AM ANFANG DES 15. JAHRHUNDERTS

von

ERZSÉBET LADÁNYI

Sigismund erliess seine Gesetze im Jahr 1405 ohne Einberufung des Reichstages. Vorliegende Studie befasst sich mit zwei Dekreten aus dem besagten Jahr, welche auch die Bände des Corpus Juris Hungarici frühester Ausgabe enthalten. Eines der Gesetze bezieht sich in erster Linie auf Angelegenheiten der Städte (dieses nennen wir Stadtgesetz), der Verfügungsbe- reich des anderen ist umfassender, breiter (dieses bezeichnen wir als Lan- desgesetz).

Weder die Handschriften des Stadtgesetzes, noch die erhaltenen Ma- nuskrifte der Texte des Landesgesetzes sind vom ganz identischen Zeit- punkt datiert. Die Mehrzahl der Erhalter des Stadtgesetzes trägt das Datum 15. April, eines hingegen ist vom 23. November datiert.¹ Die Tages- bezeichnung der Manuskrifte, die das Landesgesetz erhalten, weist eine wesentlich grössere Streuung auf: 12. März, 24. Mai, 5. August, 31. August.²

Die unterschiedliche Datierung der Erhalter der Gesetzestexte ist nicht durch Nachlässigkeit, Schreibfehler, mangelhafte Abschrift oder Irrtum verursacht worden, sie ist vielmehr die Folge des Umstandes, dass die verschiedenen Urkunden, die den betreffenden Gesetzestext enthalten, zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgefertigt wurden. Unter solchen Umständen ist es offensichtlich, dass der Zeitpunkt der Gesetzgebung mit dem Tag des am frühesten datierten Exemplares oder noch eher mit der Zeit vor diesem anzunehmen ist. Meinerseits halte ich die Datierung des Landesgesetzes mit 12. März für richtig.³

Für das hier beschriebene Phänomen, das heisst dafür, dass der Wort- laut eines Gesetzes durch Urkunden erhalten wurde, die bei verschiedenen Gelegenheiten ausgefertigt und dementsprechend unterschiedlich datiert sind, können wir aus der Geschichte der ungarischen Gesetzgebung im Mittelalter auch sonstige Parallelen anführen.

Aus der Arpadenzeit kann das von Andreas III. im Jahr 1290 ge- gebene Gesetz als historische Antezedens betrachtet werden, das der König am 22. Februar 1291 in Urkundenform mit doppeltem Hängesiegel und der Formel datum per manus versehen abermals erlassen hat.⁴

Hinsichtlich der Datierung der aus dem Jahr 1405 stammenden Lan- des- und Stadtdokumente Sigismunds fallen die Exemplare des Stadtdokuments

vom 15. April und 23. November, die unterschiedlich datiert, mit doppeltem Hängesiegel, der Formel datum per manus und mit der dem Tagesdatum entsprechenden Würdenträger-Namensliste versehen sind, besonders schwer ins Gewicht. Sie stellen nämlich Parallele zu den unterschiedlich datierten Exemplaren des anderen, des Landesgesetzes vom gleichen Jahr dar. Die dargelegten Angaben führen aber auch zu allgemeineren Folgerungen: das Datum der in dieser Weise, in Urkundenform erhaltenen Gesetzestexte ist nicht unbedingt mit dem Zeitpunkt der Gebung des Gesetzes, der Rechtsnorm identisch. Diese Feststellung wird auch von den umgekehrten Fällen bestätigt, wo nämlich das im Gesetzestext angeführte Datum den Zeitpunkt der Gesetzgebung bezeichnet und nicht den, da es urkundlich niedergelegt wurde. Aus der Zeit vor 1405 sind uns zwei solche Gesetze bekannt: das Gesetz Andreas' III. vom Jahr 1298, bzw. jenes von Sigismund vom Jahr 1397. Der im Gesetz vom Jahr 1298 angegebene Tag des Heiligen Dominik und das im Gesetz vom Jahr 1397 erwähnte Fest des Heiligen Michael sind nämlich klarerweise die Zeitpunkte des gesetzgebenden Reichstages und nicht die Daten der Urkunden, die das Gesetz enthalten⁵. In diesen beiden Fällen beweist das Fehlen des Ausfertigungstages der Urkunde, dass das „datum“ nicht mit dem „actum“ zusammenfällt.

Diplomatisch beruht also die unterschiedliche Datierung der Erhalter des Gesetzestextes sowohl im Falle des Stadt- wie auch des Landesgesetzes vom Jahr 1405 auf der Unterscheidung zwischen „datum“ und „actum“.

Vom Gesichtspunkt der Diplomatik war es kein Erfordernis des Gesetzescharakters, dass es in Privilegiumform, mit dem grossen königlichen Siegel versehen kundgetan werde. Gerade der überwiegende Teil der Gesetze Sigismunds erschien nicht in einer mit dem doppelten grossen Hängesiegel versehenen Urkunde, sondern unter einem Geheimsiegel. Von den Exemplaren des Landesgesetzes vom Jahr 1405 mit verschiedenem Datum wurde nur das vom 31. August mit einem doppelten grossen Hängesiegel ausgefertigt.

Sowohl das Landesgesetz wie auch das Stadtgesetz wurde in einer königlichen Ratssitzung geschaffen.

Der königliche Rat wurde gemäss der Feststellung von Bódog Schiller im 14. und noch mehr im 15. Jahrhundert unter der Bezeichnung „congregatio, conventus, dieta, consilium, tractatus“ usw. einberufen.⁶

In diesen Rahmen müssen wir auch die Entstehung der beiden besprochenen Dekrete einfügen. Hierzu berechtigt uns nicht allein die Formulierung der beiden Dekrete (nämlich die Anwesenheit der praelati, barones, procures), sondern auch zwei Streitfälle, die zwischen zwei Städten noch vor der Entstehung des Stadtgesetzes vom Jahr 1405 liefen: in den Jahren 1397 bzw. 1404.⁷

Sigismund verschob im Jahr 1397 die Entscheidung in der zwischen Szeben (Hermannstadt) und Buda (Ofen) in Sachen des nach Wien gerichteten Handels entstandenen scharfen Auseinandersetzungs „bis zur Zusammenkunft oder Versammlung sämtlicher Prälaten und Barone, wenn wir dann unter Gottes Führung an irgendeinem bestimmten Ort mit ihnen

beisammen sein werden (... ad conventionem seu congregationem universorum prelatorum et baronum, dum cum eisdem deo duce in aliquo certo loco fuerimus constituti)". Auffallend ist, dass die Formel „*deo duce fuerimus constituti*“ mit jener identisch ist, mit der für gewöhnlich die Vorladung zur persönlichen königlichen Rechtsprechung oder die Vertagung der Prozesse erfolgte.⁸ Die Identität der beiden Formeln beweist einen sehr wichtigen Umstand: Sigismund wollte den Streitfall zwischen Buda und Szeben unter seinem Vorsitz in einer solchen Plenarsitzung des Rates entscheiden, wie die unter persönlichem Vorsitz des Königs abgehaltenen Gerichtssitzungen waren. Bei solchen Gelegenheiten nahm der König – gemäss Bónis – stets die Möglichkeit in Anspruch „mit seinem Rat in solchen Sachen zu entscheiden, die seines Erachtens den Fortbestand seiner eigenen Herrschaft und des gesamten feudalen Systems betreffen“.⁹

Diese Angabe aus dem Jahr 1397 erklärt eigentlich die Worte des Königs bezüglich der Entscheidung in einer ähnlichen Streitsache zwischen Kolozsvár (Klausenburg) und Buda im Jahr 1404: er werde entscheiden, wenn er mit den Prälaten und Baronen verhandeln wird („... nos cum prelati et baronibus nostris desuper tractatus habuerimus“).

Die Natur der bei einer derartigen Tätigkeit ausgeübten königlichen Gewalt ist im Grunde genommen die Fällung einer gerichtlichen Entscheidung, und daher auch die Ähnlichkeit der erwähnten Formel, jener nämlich, mit der der König vor seine persönliche Gerichtsbarkeit ladet, bzw. mit der Sigismund im Jahr 1397 die Entscheidung im Streitfall zwischen Buda und Szeben vertagte. Der königliche Rat ist mit dem königlichen Gerichtsrat identisch!

Dessen Kenntnis bietet – zumindest in formaler Hinsicht – den Hintergrund für die Ausgabe des Landesgesetzes vom 12. März 1405, bzw. des Stadtgesetzes vom 15. April des gleichen Jahres. Im Frühjahr 1405 wurde in Buda eine Gerichtssession abgehalten, mit der die Entstehung und Ausgabe der beiden Gesetze zeitlich zusammenfiel.

Die Versammlung vom Jahr 1405 erklärte sich selbst als *personalis praesentia regia* für die Zukunft zum höchsten gerichtlichen Forum der Städte und sprach dies im allgemeinen als Gesetz aus (Stadtdekret. Artikel 12). Dass die im Stadtgesetz vom Jahr 1405 erwähnte *personalis praesentia* gleichbedeutend mit der persönlichen königlichen Gerichtsbarkeit ist, geht aus den Worten des Artikels 14 klar hervor, wonach die *personalis praesentia* des Königs jeweils dort ist, wo er sich unter Gottes Führung zusammen mit den Kirchenfürsten und Baronen gerade aufhält.¹⁰ Deshalb können wir es aussprechen, dass sich die erwähnte Versammlung vom Jahr 1405 selbst zur ständigen persönlichen Gegenwart des Königs und somit zum höchsten Gericht der Städte erklärte.

Das Stadtdekret vom Jahr 1405 ist in einer Sitzung des königlichen Rates entstanden, an der auch die *nuncii* und *legati* der Städte zugegen waren. An der Sitzung des königlichen Rates waren sie in solcher Menge jetzt zum ersten Mal erschienen, vor dem König waren sie aber auch schon mehrmals anwesend und liessen ihre Stimme hören.¹¹ In zahlreichen Fällen ist die Bezeichnung der vor dem König erschienenen städtischen Ablega-

ten: ambassiatores et speciales nuncii.¹² Diese Abgesandten gingen „nomine procuratorio universorum civium“ vor.¹³ Im Jahr 1405 haben wir es vermutlich ebenfalls mit einer Prokurator-Vertretung zu tun.

Die Anhörung der städtischen Abgesandten vom Jahr 1405 kann ihrem Charakter nach mit den Städtetagen des Deutschen Reiches verglichen werden. Diese wurden entweder vor oder nach der Beratung mit den Herren bzw. dem Reichstag einberufen. An den städtischen Versammlungen war der Zweck die Besprechung von Finanz- und Steuerangelegenheiten, Fragen des Handels und anderer, welche die Städte betrafen. Die Ordnung ihrer Abhaltung gestaltete sich im 13. Jahrhundert aus, ihre Praxis im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts dürfte Sigismund schon gekannt haben bevor er zum ungarischen König gewählt wurde.¹⁴ Sigismund rief also die städtischen Abgesandten teils aufgrund seiner ausländischen Erfahrungen, teils auf die ungarländische Basis einer regelmässigen Kontakthaltung mit den Bürgern bauend zusammen.

ANMERKUNGEN

- ¹ Bezüglich der städtischen Dekret-Exemplare vom 15. April 1405 vgl. *Decreta Regni Hungariae. 1301–1457. Collectionem manuscriptam Francisci Döry additamentis auxerunt, commentariis notisque illustraverunt Georgius Bónis et Vera Bácskai.* Bp. 1976. (kurz: DRH) S. 190. Hinsichtlich der Umstände ihres Entstehens, namentlich dass sie ohne Einberufung des Reichstages geschaffen wurden: vgl. *Mályusz, E.: Polgárságunk részvétele a középkori országgyűléseken* (Die Teilnahme des ungarländischen Bürgertums an den Reichstagen im Mittelalter). *Protestáns Szemle* 1927, S. 142–146. Das am 23. November ausgestellte Exemplar: *Zimmermann, F.–Werner, C.–Müller, G., – Gündisch, G.: Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen.* Bd. I–IV. Hermannstadt, 1892–1937. (Kurz: ZW) III, S. 285. Dieses Exemplar übergehen die DRH.
- ² DRH S. 218.
- ³ Meine diesbezügliche Studie erschien im *Mályusz Elemér Emlékkönyv* (Festschrift für Elemér Mályusz) Bp. 1984. S. 269–276.
- ⁴ 1290: ZW I, S. 173–176.
- ⁵ *Kovachich, Martinus Georg.: Supplementum ad vestigia comitiorum apud Hungaros.* Budae 1798. Bd. I, S. 91: 1397: DRH S. 160. Die urkundliche Abfassung des Gesetzes stimmt mit dem Zeitpunkt der Einberufung des Reichstages nicht überein, z. B. auch 1385 nicht: DRH S. 146–148.
- ⁶ *Schiller, B.: Az örökös főrendiség eredete Magyarországon* (Ursprung des erblichen Magnatentums in Ungarn). Bp. 1900. S. 158 ff. *Mályusz, E.: Die Zentralisationsbestrebungen König Sigismunds in Ungarn.* (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, 50) Bp. 1960.
- ⁷ ZW III. S. 183; a. a. O. S. 324.
- ⁸ *Hajnik, I.: A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt* (Gerichtsorganisation und Prozessrecht Ungarns 1000–1526/Bp. 1899. S. 57.).
- ⁹ *Bónis, Gy.: A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon* (Die rechtskundige Intelligenz in Ungarn vor Mohács). Bp. 1971. S. 135.
- ¹⁰ Die Trennung der Gerichtsbarkeit der *personalis praesentia regia* von der persönlichen Urteilsfällung des Königs wurde von der sog. Vikariatsgerichtsbarkeit vorbereitet. Die erste Etappe der Tätigkeit der Vikare dauerte – laut Bónis' Feststellung – vom November 1412 bis Januar 1419. *Bónis* gen. Werk, S. 143. Diese Situation bestand natürlich im Jahr 1405 noch nicht.
- ¹¹ 1373: ZW II, S. 411; 1377: ZW II, S. 460 und 465; 1402: Geheimarchiv der Stadt Kassa (Kaschau, Kosice). Depositorium Nr. 14. Ungarisches Staatsarchiv, Filmothek, „C“, 17, Karton.

¹² 1378: ZW II, S. 488; 1391: ZW III, S. 9; 1395: ZW III, S. 121; 1404: ZW III, S. 516.

¹³ 1398: ZW. III, 223.

¹⁴ Für den Städtetag: *Schröder, R.*: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. Leipzig 1905, S. 550 ff.; *Planitz, H.*: Deutsche Rechtsgeschichte. Graz, 1950, S. 140; *Mitteis, H. — Lieberich, H.*: Deutsche Rechtsgeschichte. München, 1974, S. 134. Hinsichtlich der ausländischen Orientierung Sigismunds ist besonders beachtenswert der Brief des Strassburger Abgesandten vom Frankfurter Städtetag im Jahr 1397: „... auch so saget man, hie, das der könig von Ungereren sicher herwollte...“, bzw. die für die Städte am 1. September 1399 ausgefertigte Urkunde des Königs Wenzel. In dieser gibt er den Städten bekannt, dass Sigismund am 13. Oktober 1399 nach Nürnberg kommt und ordnet folgendes an: „... jede Stadt soll dahin zwei Bevollmächtigte zur Berathung schicken...“. Deutsche Reichstagsakten. Hrsg. durch die historische Kommission bei der königlichen Akademie der Wissenschaften. Bd. I—XII. München, 1867—1901. 1397: Bd. II, S. 472; 1399: Bd. III, S. 122.